

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und bei den bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrespreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 2. — für Deutschland (Gouvern.)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gouvern.)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate
Wie beizugehaltenen Preitzelle
25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Vollbuchhandlung
Göttingen, Zürich.
Vollsendungen
franko gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelpost.

N. 11.

Belege an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel sollte man sich die Briefe nicht selbst, sondern an die bekannten Adressen. In besonderen Fällen einzuschicken.

11. März 1886.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Märzgedanken.

Tage des Februar, Tage des März,
Waren es nicht Proletariatskämpfe,
Die voll Hoffnung zuerst erwacht
Wachtzuehnd vierzig und acht?

1848. Jubelnd begrüßtes, tolles Jahr des Völkerfrühlings! Wie viele Hoffnungen hast du erweckt, die du nicht erfüllst, wie viele Blüten emporsprießen gemacht, die vor der Zeit dahinschwanden!

Jahr der geträumten Illusionen! Diejenigen, deren Reich du gebracht, haben dich vergessen, dich verleugnet — dein Andenken wird nur noch von denen gefeiert, deren Sache in deinen Tagen im Blute erstickt ward, von den Arbeitern. Die Revolution 1848 war eine bürgerliche, aber sie wurde erkämpft von den Arbeitern. In Paris, in Wien, in Berlin — überall waren es fast ausschließlich Arbeiter, die auf den Barricaden kämpften, die mit ihrem Herzblut eintraten für die Niederwerfung des alten halbbarbarischen-feudalen Volkstheils.

Dank ihnen fiel dem Bürgerthum die Herrschaft in den Schooß, Dank der Feigheit und Unfähigkeit des Bürgerthums aber ging das Eroberte in kurzer Zeit wieder verloren.

Nach der Februar-Revolution, schreibt Lorenz Stein in seinem Buch über den Kommunismus in Frankreich, befand sich die Bourgeoisie im Besitz eines Theils der Staatsgewalt. Sie hatte eigentlich nie daran gedacht, daß eine Republik kommen könne. Ihr ganzer Kampf gegen das Königthum war ein rein negativer gewesen. In dem Augenblick, wo die Verhältnisse von ihr ein bestimmtes und bewußtes Auftreten forderten, war sie absolut planlos. Zwischen die Unmöglichkeit des Königthums und die Gefahr der sozialen Republik hingestellt, war sie, obgleich sie die eigentliche Macht in Händen hatte, dennoch vollkommen rathlos. Unfähig, die neuen Dinge zu leiten, hielt sie sich passiv.

Was hier ein Augenzeuge von den Vorgängen in Frankreich schreibt, gilt in dreifach verstärktem Maße von dem Gang der Dinge in Deutschland. Und doch war in Deutschland die Gefahr einer sozialistischen Erhebung weit geringer als in Frankreich, in dessen Zentrum, Paris, die sozialistischen Schulen ihre Anhänger nach Tausenden zählten. Aber die Furcht rechnet nicht mit wirklichen, sondern nur mit eingebildeten Gefahren.

Raum waren die Märzämpfe vorüber, als das Bürgerthum auf die Bühne trat. Aber nicht um die politische Gewalt zu ergreifen, die auf der Straße lag, nicht um mit dem Absolutismus und dessen Trabanten gründlich abzurechnen, sondern um sich mit ihnen auszuöhnen, auf daß die „Ordnung“ bald wieder einkehre. Die Republik ist die Staatsform des bürgerlichen Gleichheitsgedankens, aber die deutsche Bourgeoisie hatte nicht den Muth, die Republik durchzuführen, ihr Ideal war eine liberale Verfassung:

Der Deutsche wird die Majestät
Behandeln stets mit Pietät.

Und so feilschten sie mit den Regierungen solange, bis diese neue Kräfte gesammelt hatten, und statt die Befehle des Volks entgegennehmen zu müssen, diesem aufs Neue den Fuß auf den Nacken setzen konnten.

Kann man es den Fürsten übelnehmen, daß sie damals die Völker zum Besten hatten, wenn deren Wortführer und „Heil den“ Alles anböten, sich zum Besten lassen?

Da waren zuerst die Feuler, diese schlimmste Sorte von Revolutionsverderbern, die überall Mord und Todtschlag wittern, die über den geringsten Exzeß, wie er in bewegten Zeiten unvermeidlich ist, jammern und heulmeiern, als stände die Welt in Flammen, die zwar jahrelang die größten Schurkerei ruhig mit ansehen können, wenn sie von den Machthabern „in gesetzlicher Form“ an den Unterdrückten verübt werden, die aber nicht entrüstet genug sein können, wenn der lang genährte Groll des Volkes einem von der privilegierten Gesellschaft die Rechnung heimzahlt. Mit ihrem sofortigen Desavouiren verpesten sie die öffentliche Meinung und fordern die Gemeinheiten der Reaktionen geradezu heraus. Man hat sie nach dem Zeughausturm in Berlin, man hat sie nach der Hinrichtung des Spionisten Lichnowski — freilich ein Fürst! — man hat sie überall gesehen, wo der Volkswind wider die Spagendiplomatie der Volkführer rebellirte.

Ihnen reichten sich würdig an die Optimisten, die Alles im rosigsten Lichte, überall nur Bäume und Harmonie sehen.

„Reaktion? Unmöglich, ich sehe, soweit ich um mich blicke, keine Reaktion“, sagte der Eine.

„Reaktionäre sind nicht einmal unter den Junker-Offizieren“, schreibt der Andere.

Natürlich waren beide Professoren, der Letztere sogar ein demokratischer Geschichtsprofessor.

Und als die Dritten im Bunde sehen wir die Schwächlinge und Allerweltssdiplomaten in den Parlamenten, die Oberpfiffelaffe, die immer nur vermitteln, immer nur abwiegeln müssen, auch wenn es gar nichts mehr zu vermitteln, auch wenn es nur noch die Wahl gibt, zur Aktion überzugehen oder zu Kreuze zu kriechen.

Was diese drei Kategorien ausbieten konnten, der Reaktion in die Hände zu arbeiten, das haben sie redlich gethan, insbesondere die Herren des Frankfurter Parlaments. Man kann sich daher die Entrüstung denken, welche die Herren erfasste, als am 26. Mai 1849, zu einer Zeit, wo die Verräther des „Reichsverweisers“ Johann von Habsburg schon offen zu Tage lag, ihnen ein Kommunist, der „rothe“ Wolff, von der Tribüne herab, im Widerspruch gegen eine zur Debatte stehende „Proklamation an das deutsche Volk“, zurief:

„Rein, m. H., wenn Sie irgend ein überhaup noch einen Einfluß auf das Volk haben wollen, müssen Sie nicht zum Volke sprechen in der Weise, wie in der Proklamation geschieht; Sie dürfen da nicht von Gesetlichkeit, von gesetzlichem Boden und dergleichen sprechen, sondern von Ungesetzlichkeit, in derselben Weise wie die Regierungen, die Russen, und ich verstehe unter Russen die Preußen, die Oesterreicher, Bayern, Hannoveraner. (Unruhe und Gelächter.) Diese sind alle unter dem gemeinsamen Namen Russen zusammengesetzt. (Große Heiterkeit.) Ja, meine Herren auch in dieser Versammlung sind die Russen vertreten. Sie müssen ihnen sagen: So wie ihr euch auf den gesetzlichen Standpunkt stellt, so stellen wir uns auch darauf. Es ist der Standpunkt der Gewalt, und erklären Sie in Parenthese die Gesetlichkeit dahin, daß Sie den Kanonen der Russen die Gewalt entgegenstellen, wohlorganisirte Sturmkolonnen. Wenn überhaupt eine Proklamation zu erlassen ist, so verlassen Sie eine, in welcher Sie von vornherein den ersten Volksverräter, den Reichsverweiser für vogelfrei erklären. (Zur Ordnung! Lebhafter Beifall von den Galerien.) Ebenso alle Minister. (Eingeweihte Unruhe.) Oh, ich lasse mich nicht füren. Er ist der erste Volksverräter.“

„Präsident Reh: Ich glaube, daß Herr Wolff jede Rücksicht überschritten. Er kann den Erzherzog Reichsverweiser nicht vor diesem Hause einen Volksverräter nennen, und ich muß ihn deshalb zur Ordnung rufen.“

„Wolff: Ich für meinen Theil nehme den Ordnungsruf an und erkläre, daß ich die Ordnung habe überschritten wollen, daß er und seine Minister Verräther sind. (Von allen Seiten des Hauses: Zur Ordnung! Das ist pöbelhaft!)“

„Präsident: Ich muß Ihnen das Wort entziehen.“

„Wolff: Gut, ich protestire, ich habe im Namen des Volks hier sprechen wollen, und sagen wollen, wie man im Volke denkt. Ich protestire gegen jede Proklamation, die in diesem Sinn abgefaßt ist.“

Drei Wochen später mußte sich dieselbe Reichsversammlung vor ihrem eigenen Reichsverweiser und seiner Regierung nach Stuttgart flüchten.

Damals hätte, wie die politische Situation lag, ein kräftiger Appell an das Volk, ein Beschuß, der die badische und pfälzische Armee zum Schutz der Versammlung nach Frankfurt rief, das ganze Spiel der Reaktion durchkreuzen können. Aber wie laun man von gebildeten Deutschen verlangen, daß sie sich zu einer wirklichen That aufschwingen, wenn es noch Zeit ist! So etwas thut man erst, wenn jede Chance des Erfolges vorbei.

Und so wurde, nachdem die Kartätsche in Baden ihre Schuldigkeit gethan, Rehrens gemacht mit den „März-Erregenschaften“.

Nein, nicht ganz. So arg die Reaktion auch wüthete, wenn es ihr auch gelungen war, die energischsten Naturen auf den Schlachtfeldern, in den Festungsgräben zu erschießen, hinter Kerkermauern eingeschlossen zu halten oder außer Landes zu jagen, so stark war sie doch nicht, Alles auszurotten, was die Märzluft ins Leben gerufen, Alles wiederherzustellen, was der Märzsturm hinweggefegt. Das wollen wir gegenüber dem interessirten Gerede von der Unglosigkeit der 48er Revolution doch festhalten, daß trotz aller Mißgriffe, trotz aller Unfähigkeit auch von ihr gilt, was Lenau singt:

Mit ihrem heil'gen Witterschlage,
Mit Unerbittlichkeit vollbringt,
Die Roth an einem großen Tage,
Was nur Jahrbundertlang gelingt!

Kann die Volkserhebung auch nicht immer schaffen, so kann sie doch hinwegräumen. Noch am Boden liegend triumphirte die Revolution über ihren Sieger. Der Absolutismus war gebrochen.

Mag drum die selbstgefällige Bourgeoiswelt, für die sich 1866 und 1870 „Alles so herrlich erfüllt“ hat, sich spreizen und hochmüthig auf das „tolle Jahr“ herabsehen — wir, die Vertreter der Arbeiterklasse, halten es hoch. Wir feiern jene Tage, an denen das Volk für die Freiheit auf den Barricaden gekämpft, wir gedenken der Tapferen, die für die Volkssache ihr Blut vergossen, und wir gedenken des Erbtheils, das sie uns hinterlassen.

Achtzehnhunderteinundsiebenzig!

„Achtzehn Jahre, ein halbes Menschenalter, ist es jetzt, daß das Pariser Volk, seiner revolutionären Tradition getreu, sich erhob, um die von den monarchischen Intrigantanten bedrohte Republik zu schützen! Wie hart es für dies Unterfangen büßen mußte, ist bekannt.“

Zu seiner Wuth, seine schmählichen Pläne vereitelt zu sehen, trieb der Bluthund Thiers den Konflikt absichtlich bis auf's Aeußerste, sorgte er mit allen Mitteln dafür, Paris von dem übrigen Land zu isoliren, um schließlich in der blutigen Mai-

woche die Turcos und Zuaven Mac Mahon's auf das Pariser Proletariat hegen zu können und ein Blutbad anzurichten, wie es die Hauptstadt nie zuvor gesehen. 34,000 Proletarier mußten mit ihrem Leben das Verbrechen büßen, den Verrath der Republik an die deutegierig lungernde Orleansistenbande verhindert zu haben.

Aber sie haben die Republik gerettet!

Und ist sie auch noch weit von dem Gebilde entfernt, das dem Pariser Volk in jenen Tagen als Jubelbegriff des republikanischen Gedankens voranschwebte, ist sie auch noch weit davon entfernt, die soziale, die sozialistische Republik zu sein, die Regierung der Arbeiterklasse, so wissen die Pariser Arbeiter, die Arbeiter Frankreichs doch, daß sie selbst in ihrer heutigen, bürgerlichen Gestalt einen Fortschritt gegen die Monarchie darstellt, auf den sie nicht verzichten dürfen. Und so erklären sie denn, trotz aller Angriffe, trotz der schärfsten Kritik gegen die bürgerliche Republik, daß sie, falls dieselbe von gegnerischer Seite bedroht wird, wieder mit ihrem Leben für sie einstehen werden. Sie wissen, daß die Republik in unserem Jahrhundert nicht bloß in einem formellen, sondern einem grundsätzlichen Gegensatz zur Monarchie steht.

Geschlagen, aber nicht bestigt wurde die Kommune. Das ist heute kein leeres Prahlwort, sondern der Ausdruck der wirklichen Verhältnisse Frankreichs. Seit einer Reihe von Jahren feiert sie ihre Triumphe, mit immer zwingenderer Gewalt drängt die zu neuem Leben erwachte Arbeiterklasse den herrschenden Parteien ihre Forderungen auf.

Wer hätte es vor zehn Jahren noch wagen dürfen, in dem gesetzgebenden Körper sich als Anhänger der vielgeschmähten Kommune zu erklären? Heute hat sie ihren Einzug in das Parlament, in die städtischen und provinziellen Vertretungskörper gehalten. Der Name Kämpfer der Kommune ist ein Ehrentitel geworden, ein politischer Empfehlungsbrief.

Aber wenn wir heute die Kommune feiern, so hindert uns das nicht, sie auch zu kritisiren.

Wir vergessen nicht, welch' unverzeihliche Schwäche es war, nach dem fast ohne Kampf errungenen Sieg dem Feinde Zeit zu lassen, sich zum Gegenangriff zu rüsten. Wir vergessen nicht, wie schwer die Kommune dafür hat büßen müssen, daß sie, statt zum Angriff überzugehen, sich auf die Vertheidigung beschränkte, wir vergessen nicht, wie viel Opfer an Menschenglück und Menschenleben hätte erspart werden können, wenn die Kommune, nachdem ihr der Kampf ausgezungen worden, ihn mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln geführt hätte. Wir betrachten es nicht als ein Lob, sondern als einen berechtigten Vorwurf gegen die Kommune, daß sie vor der Bank von Frankreich, vor den Selbstschranken der Nothhilfe und Genossen respektvoll Halt machte. Hier, an ihrem Kerne, war die herrschende Klasse zu packen, wurde hier energisch zugegriffen, so wäre es schwerlich zu dem Massacre der blutigen Maiwoche gekommen.

Daß die sozialen Maßregeln der Kommune nur halbe waren, machen wir ihr weniger zum Vorwurf. Im Kampf um ihre Existenz konnte sie kaum anders handeln, als sie gethan, konnte sie sich nicht zur theoretischen Erkenntniß durchringen. Immerhin hat sie in ihrem Dekret über die Einziehung der von ihren Inhabern im Stich gelassenen Werkstätten, wenn auch in schüchternen Form, dem richtigen Gedanken Ausdruck gegeben.

Heute würde sie auch in dieser Beziehung kräftiger eingreifen.

Aber alle Schwächen, alle Unterlassungssünden der Kommune können den Glanz ihres Namens nicht verdunkeln, vermögen die Liebe nicht zu beeinträchtigen, mit der die Klassenbewußten Arbeiter aller Länder ihr Gedächtniß hegen. Was Einzelne ihrer Führer auch gefehlt, als Ganzes bleibt die Pariser Kommune ein großartiges, herrliches Merkzeichen auf dem Emanzipationsweg des Proletariats!

Hochherziges Volk von Paris, als du am 16. Mai die Vendomesäule stürztest, um Protest zu erheben gegen die völkerverheerenden Eroberungskriege, als die Gebildeten aller Nationen sich entsetzt bekrenzten ob des an einem Kunstwerk begangenen „Vandalismus“, da jauchzten dir allerorts begeistert die Herzen der Proletarier, dieser modernen Barbaren zu, die im Kunstwerk nicht die Technik über den Gedanken, nicht die Form über den Inhalt stellten. Ewig wird dir dieser Akt zum Ruhme gereichen, unvergessen wird es dir bleiben, daß du, die Ohren noch erfüllt von dem Donner der Geschütze des Eroberers, an die Stelle jenes Standbildes des Kriegsrühms, die rothe Fahne aufpflanztest, das Banner, unter dem die Arbeiter aller Länder gemeinsam für ihre Befreiung kämpfen. In deiner Kommune inaktivirtest du den Gedanken der Internationale, und international ist und bleibt ihre Feier:

Triumphirend wird die Menschheit preisen dich in späten Tagen,
Als die Ersten, die das Banner einer neuen Zeit getragen.
Deine Worte, deine That, die Geschichte wird sie richten,
Und die Zukunft sie erfüllen — gleiche Rechte, gleiche Pflichten!

Zum Todestage von Karl Marx.

Wir glauben das Gedächtnis unseres großen Vorkämpfers, den man heute den deutschen Arbeitern als einen verdienstlichen Auslandsdeputierten zu verdächtigen sucht, nicht besser feiern zu können als durch Veröffentlichung zweier, seinerzeit zur Publikation gelangten Briefe desselben.

I.

Brief an die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Hamburg.

(Veröffentlicht im alten „Sozialdemokrat“ vom 28. August 1868.)

London, 18. August 1868.

An den Präsidenten und Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins!

Zum Abschluß der Vorarbeiten für den Brüsseler Kongreß ist eine Sitzung der Exekutivkommission des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Assoziation auf den 22. August anberaumt und eine Plenarsitzung des Generalrats auf den 25. August. Da ich für beide Tage mit Berücksichtigung beauftragt bin, finde ich mich außer Stande der ehrenvollen Einladung zur Teilnahme an dem Kongreß des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Hamburg nachzukommen.

Ich sehe mit Freuden, daß das Programm Ihres Kongresses die Punkte festgelegt hat, welche in der That die Ausgangspunkte aller ersten Arbeiterbewegungen bilden müssen: Agitation für volle politische Freiheit, Regelung des Arbeitstags und planmäßige, internationale Kooperation der Arbeiterklasse in der großen, weltgeschichtlichen Aufgabe, welche sie für die ganze Gesellschaft zu lösen hat.

Glück auf zum Werk!

Mit demokratischem Gruß

Karl Marx.

II.

Auszug

aus dem Briefe an den Braunschweiger Ausschuss der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Programm).

(Veröffentlicht im Manifest des Ausschusses vom 5. September 1870.)

Der jetzige Krieg eröffnet dadurch eine neue weltgeschichtliche Epoche, daß Deutschland bewiesen hat, daß es selbst mit Ausschluß von Deutschland, daß es sich selbst, unabhängig von Auslands, seine eigenen Wege zu gehen, daß es zunächst seine Einheit in der preussischen Kaiserin findet, ist eine Strafe, die es reichlich verdient hat. Aber ein Resultat ist selbst so unmittelbar gewonnen. Die kleinen Völker, wie z. B. der Konflikt zwischen nationalliberalen Norddeutschen und völksparteilichen Süddeutschen werden nicht länger nutzlos im Wege stehen. Die Verhältnisse werden sich auf großem Maßstab entwickeln und vereinfachen. Wenn die deutsche Arbeiterklasse dann nicht die ihr zukommende Rolle spielt, ist es ihre Schuld. Dieser Krieg hat den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt. Damit haftet größere Verantwortlichkeit auf der deutschen Arbeiterklasse.

Das hat der im Gemüth „verbitterte“ Flüchtling während des Kanonenbombens von Sedan geschrieben. Welch ein unpraktischer Stubengelehrter!

Aus Rußland.

Die uns vorliegende letzte Nummer der „Narodnaja Wolja“ datirt vom Oktober 1895. Daß sie so spät fertig geworden, ist ein weiterer Beweis für die kolossalen Schwierigkeiten, die sich gegenwärtig der Herstellung und Verbreitung des inländischen Organs der russischen Revolutionäre entgegenstellen. Dafür ist jede solche Nummer gewissermaßen ein Manifest der Partei, in welchem sie gleichsam Rechenschaft ablegt über ihre Thätigkeit, ihr Programm weiter zu entwickeln sucht und das Publikum mit ihren Bestrebungen bekannt macht.

Wie fast jede Nummer, so gibt uns auch die vorliegende einen „Kartograph“ der russischen Freiheitskämpfer, ein Verzeichnis der Opfer, welche der zarische Absolutismus seit der letzten Publikation der Partei um Freiheit und Existenz, um Leben und Lebensglück gebracht. Es ist eine fast endlose Liste, unendlich eintönig, so eintönig wie das Loos der darauf Verzeichneten, so eintönig wie Kerker und Grab. Niemand kann sie lesen, ohne von tiefstem Haß gegen das feige brutale Regime entsetzt zu werden.

Unmenschen sind die Mittel, mit denen die russische Regierung die revolutionäre Bewegung zu erdrücken, jede freiheitliche Strömung im Volke zu ersticken sucht. Eine ganze Generation edelster Kämpfer für die Hebung und Ausklärung des Volkes hat sie hingemordet, und so hat sie es dahin gebracht, daß die Partei, wie die „Narodnaja Wolja“ offen eingestehet, in den letzten vier Jahren gezwungen war, ihre Thätigkeit mehr der Herbeibringung als dem Kampf, dem vernichtenden Angriff zu widmen.

Aber die russische Regierung hat keine Ursache, triumphierend in die Zukunft zu blicken: sie hat Menschen vernichtet können, aber nicht den Gedanken, nicht die Sache der Freiheit. Dadurch, daß sie Denen, welche die Hoffahrt der Zustände des „heiligen Russlands“ nachgewiesen, den Mund verstopft, hat sie die Zustände selbst in keiner Weise befestigt. Die russische revolutionäre Partei ist kein künstliches Gewächs, sie erstreckt sich, dem Volk fremden Ziele, sie ist das Produkt des allgemeinen Unwillens, sie brüht nur aus, was die russische Gesellschaft fühlte.

Zahlreiche Faktoren weisen darauf hin, daß der Sturz des Despotismus nahe bevorsteht — in erster Reihe trägt die Politik der Regierung selbst dazu bei. Ihre finanzielle Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag, die Ausgaben steigen und der Kredit wird immer geringer — an eine Deckung des Defizits ist kaum mehr zu denken. Das Beamtenumwühl durch und durch korrupt und allgemein verachtet, die öffentliche Meinung sieht in der Mehrzahl der Beamten nur Liebe und Vergewaltigung des Schwaches des Volkes. So wächst die Unzufriedenheit, und die Verhältnisse selbst arbeiten der revolutionären Partei in die Hände.

Gerade die enorme Zahl der Verhaftungen, die fortgesetzten Prozeßverfahren, die Unruhen in den Universitäten, die — wie vor 1 1/2 Jahren in Kiew und später anderwärts — zu deren Schließung führten, die Selbstmorde aus Unzufriedenheit — alles das zeigt, wie sehr es im Publikum hält, und daß die gegenwärtige Staatsordnung in Rußland immer unhaltbarer wird und eine Katastrophe bevorsteht. Ob die daraus folgende Kata in Rußland eine sozialistische sein wird, läßt sich schwer voraussagen, obwohl Viele in Rußland die Meinung äußern, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse der sozialen Revolution näher seien als die irgend eines anderen Landes. Bis jetzt ist der Sozialismus fast ausschließlich in den Kreisen der Intelligenz verbreitet, was die Liste der Verhafteten beweist; man darf aber daraus nicht folgern, daß die Revolution im Volke etwa nicht flüßig vorkommen werde. Im Gegenteil. Das russische Volk ist mit dem heutigen Zustand der Dinge gar nicht zufrieden, es erwartet schnell eine Veränderung, eine Umwälzung, wenn auch vielfach noch von der für Viele lagenhaft unmächtigen Person des Zaren.

So war z. B. bis zur Krönung Alexander's III. die Meinung sehr verbreitet gewesen, daß an diesem Tage das Land in den Besitz der Bauern, des „Kuscht“, übergeben werde. Diefem Glauben hat das Krönungsmanifest ein Ende gemacht und damit überhaupt die Hoffnung auf den Zar wesentlich erschüttert, desgleichen der jüngst erschienene Ukas, der streng verbietet, den 25. Jahrestag der „glorreichen“ Befreiung der Leibeigenen zu feiern.

Indem die Regierung stets den Adel zu bevorzugen sucht, untergräbt sie ihre eigene Existenz und gibt dem Volk immer neuen Anlaß zur Unzufriedenheit. Diese drückt sich aus in den zahlreichen Sektten, welche unter der Bevölkerung entstehen. Manche von ihnen, wie z. B. die Skudniken, haben eine völlig realistische Weltanschauung und streben die Gründung kommunistischer Gemeinden an, auch verweigern sie oft die Steuern.

In zahlreichen Gegenden Rußlands herrscht ein furchtbarer Nothstand. Im Gouvernement Kasan mußte ein Bauer seine einzige Kuh verkaufen, um die Steuern zu bezahlen, worauf er, von allen Ertragsmitteln entblößt, sich und seinen drei Kindern das Leben nahm. Nirgends aber ist der Nothstand so groß, als unter den unglücklichen Einwohnern Sib-

riens. Grauenhaft sind die Berichte, die von dort einlaufen. In vielen Distrikten Rußlands fehlt die Saat; der Weizen der Bauern ist es unmöglich, sich die Mittel zum Ankauf leichtwie zu beschaffen.

Auch die industrielle Lage Rußlands ist nicht besser. Viele Fabriken arbeiten nur noch mit beschränkter Arbeiterzahl, andere haben den Betrieb gänzlich eingestellt. So in Petersburg, Moskau, Odessa, Kowno am Don, Samara, Kremenetschug, Kisa, Kosal u. s. w. Unter solchen Umständen ist erklärlich, daß das Volk sehr oft die Steuern nicht bezahlen kann. Die Kopfsteuer, die viertertheile aller Steuern, mußte unlängst aufgehoben werden, dafür werden aber die anderen Steuern mit um so größerem Eifer einzutreiben, und zwar vermittelt der Polizei, die dabei in unermesslich roher Weise verfährt. In Krensk z. B. wurden die Nichtzahlenden in einen so kleinen Raum eingekerkert, daß 20 Personen einige Tage stehend und ohne Schlaf verbringen mußten und wegen Mangel an Luft wiederholt in Ohnmacht fielen. An vielen Orten ruft die Steuereintreibung Aufstände hervor. Sie ist auch die Ursache einer häufigen Auswanderung in die weniger bevölkerten Theile Rußlands. Anfangs begünstigte die Regierung solche Ueberhebungen, jetzt aber erhalten die Bauern nur schwer Pässe. Einmal angekommen, sind sie mancherlei gezwungen, jahrelang zu warten, ehe man ihnen Niederlassungen anweist. Wenn sie aber auf eigene Faust vorgehen und die herrslosen Felder bebauen, so werden nach einigen Jahren ihre Häuser vernichtet und sie selbst auf die roheste Weise verjagt, wie es im Jahre 1884 mit einem Dorfe von 800 Häusern am Don geschah.

Besonders groß ist die Zahl der agrarischen Unruhen. Im Gouvernement Woronesch hat man einem Landbesitzer 35 Mal sein Gut verbrannt. Im Gouvernement Kiew wurde eine Verbindung entdeckt, deren Ziel die Zerstörung der Felder der großen Landbesitzer war, sie bestand aus Bauern, und die Polizei war nicht im Stande, sie zu bedämmen. Im Gouvernement Woronesch wurden 325 Bauern vor Gericht gestellt, weil sie ohne Erlaubnis einen Damm niedergehauen, der ihnen 40 Jahre lang Schäden verursacht hatte; die nicht angeklagten Bewohner des betreffenden Dorfes verlangten mitgerichtet zu werden. Es kommt nicht selten vor, daß die Polizei, wenn sie bei den Bauern „Ordnung“ schaffen will, sich zur Flucht genöthigt sieht. In letztem Jahre wurden gegen Bauern 192,000 Prozesse wegen Beschädigung von Wald anhängig gemacht; sie wollen es nicht zugeben, daß der Wald nicht Eigenthum der Gemeinde sei.

Auch eine ganze Reihe von Arbeitseinstellungen, und zwar manchmal recht gut organisirten, sind in den letzten Jahren in Rußland zu verzeichnen gewesen. In Jozanowo Wornesenski fand den 24. September ein großer Streik statt, an welchem 8000 Arbeiter Theil nahmen. Die Ursache war Lohnherabsetzung. Die Arbeiter einer ganzen Anzahl von Fabriken stellten am gleichen Tage die Arbeit ein und benahmen sich dabei so ruhig, daß die Polizei niemand wehthun konnte. Diefem Massenstreik folgten viele andere. In Alexandrowsk wollte die Verwaltung der Eisenbahn die Begehung der Arbeiten an Vermittler organisiren, darauf wollten aber die Arbeiter nicht eingehen und stellten die Arbeit ein. Elf von ihnen wurden verhaftet und bestraft; sofort meldeten sich noch 200 Arbeiter mit der Forderung, ebenfalls bestraft zu werden. Als man darauf nicht eingehen wollte, appellirten sie und waren gar nicht damit zufrieden, daß man sie nicht alle verantwortlich machen wollte. In Cherson traten die Arbeiter zusammen und forderten, daß die Arbeit der Gefangenen auf der Werk aufgehoben werde. In Taganrog sind wiederholt Streiks ausgebrochen, wenn der Lohn herabgesetzt werden sollte. Ebenso in Kysinisk, Twer u.

Die Arbeiter helfen sich so gut sie können, und organisiren sich mit immer größerem Selbstbewußtsein, die Regierung aber hat bis jetzt nichts für sie gethan. Das einzige Fabrikgesetz, zu dem sie sich aufraffen, war das Verbot der Nachtarbeit, welches die Petersburg und Moskauer Fabrikanten unter dem Druck der Reichs sich erbat. Da sie aber fürchteten, das Gesetz könne sich gegen sie wenden, so wurde es nur für drei Jahre „auf Probe“ erlassen.

Diese wenigen Thatfachen sprechen deutlich genug, um die entsetzliche Lage des russischen Volks zu charakterisiren und zugleich zu zeigen, daß es nicht mehr im Stillen leiden will, sondern im Gegentheil sich immer mehr aufrafft, Widerstand zu leisten. Noch einige Jahre, und die schweren Opfer werden endlich gefordert werden. Die Gesellschaft ist durchaus nicht indifferent oder gar feindselig gegen die Revolution gestimmt. Die Summe, welche in diesem Jahre für die Forderung der Partei gesammelt wurde und die über 16,000 Rubel (32,000 Mark) beträgt, beweist es deutlich. Nur noch etwas Ausdauer, und bessere Zeiten werden doch kommen.

Sozialpolitische Rundschau.

Särich, 10. März 1886.

— Unser Sieg im 19. sächsischen Reichstagswahlkreis hat die geschlagenen Ordnungsparteier ihrer aus dem Häuschen gebracht. Das „Leipziger Tageblatt“ jammert, daß den Sozialdemokraten von den Behörden so vollständig freie Hand gelassen worden sei; es jammert über den Reichstag, der das Sozialengesetz für die Zeit der Wahlagitiation durchlöcher habe, und es jammert über das allgemeine Stimmrecht, das der bösen Sozialdemokratie so gefährlichen Vorstoß leiste und in den Händen der Antikruppartei eine so wirksame Waffe sei.

Kun — das ist ja der natürliche Ideenjang, daß die Angst und der Klerger über die Wahlstige der Sozialdemokraten zu Angriffen auf das allgemeine Stimmrecht und — den Liberalismus führen. Ja, gegen den Liberalismus, denn daß eine Volksobervertretung gewählt werden und die Wahl frei sein muß, das heißt also, daß die Behörben sich in den Wahlkampf nicht einmischen und keiner der kämpfenden Parteien Unterstützung gewähren oder Hindernisse in den Weg legen dürfen — das ist eine der ersten Forderungen des bürgerlichen Liberalismus. Und wenn das „Leipziger Tageblatt“ dies nicht wissen sollte, so möge es nur in dem „Staatslexikon“ von Rotted und Weider sich ein wenig umhauen. Doch freilich, was haben uniere „Rational-liberalen“ mit Liberalismus zu thun? Seit das Bürgerthum sich zur Bourgeoisie entwickelt hat und im Vollbesitz der ökonomischen und damit indirekt auch der politischen Herrschaft ist, will es von seinen Zugabidealen nichts mehr wissen. Eine Thatfache, so bekannt und so oft von uns besprochen, daß es ein Dilemma an der Zeit unserer Väter wäre, wollten wir noch dabei verweilen. Es war bios nöthig, wieder einmal festzustellen, daß das deutsche Bürgerthum, in seiner blinden Furcht vor dem Sozialismus, der Handlanger der kräftigsten Reaktion geworden ist, und daß es sich nicht mehr die Kraft zu traut, bei gleicher Theilnahme von Wind und Sonne in ehrlichem Wahlkampf sich gegen die Sozialdemokratie behaupten zu können.

Als charakteristisch sei noch erwähnt, daß das „Leipziger Tageblatt“ auch mit seinen eigenen Parteiarossen sehr unzufrieden ist — namentlich mit den parlamentarischen Vertretern der Ordnungsparteien —, daß diese den armen Tschierlich so wenig unterstützen hätten, wogegen die sozialdemokratischen Abgeordneten für den Kandidaten ihrer Partei eifrig in's Zeug gegangen seien. Mit der agitatorischen Falschheit der Ordnungsparteienthler hat's allerdings seine Richtigkeit; ferner der Herren auch es für gerathen gehalten, in's Ergebirge zu gehen. Sie hatten aber auch ihre guten Gründe. Discretion is the better part of valour — Vorsicht ist der bessere Theil der Tapferkeit, sagte schon der biedere Falstaff, und die sozialdemokratischen Agitatoren sind keine „Steifhalsen“ und führen eine scharfe Klinge.

Zum Schluß findet das „Leipziger Tageblatt“ einen kleinen Trost. „Es war ja nur eine Erste Wahl! Wäre es eine Hauptwahl gewesen, so hätten die Sozialdemokraten nicht so viel agitatorische Kräfte auf den Wahlkreis verwenden können. Bei der nächsten Hauptwahl haben wir begründete Aussicht, den Wahlkreis wiederzuerobern!“

Das Hoffen ist ein schönes Vergnügen — bios Schade, daß man dabei mitunter zum Narren wird. Die Ordnungsparteien hatten absolut birkelnen Vortheil wie die Sozialdemokraten; hätten die Ordnungsparteienthler Agitatoren in den Wahlkreis geschickt, so würden sie von uns gründlich geklopft worden

sein, und wir hätten mit noch größerer Majorität gewonnen. Und was die angebl. besseren Kuscheln bei einer Hauptwahl anbetreift, so ist dem „Leipziger Tageblatt“ bios unter die Nase zu reiben, daß bei den meisten Hauptwahlen, die bisher stattgefunden haben, im 19. sächsischen Wahlkreis die Sozialdemokratie gefestigt hat; und daß bei denselben Hauptwahlen, in denen wir unterlagen, dies notorisch auf Einschüchterungen, Beeinflussungen und Ungefährlichkeiten jeder Art zurückzuführen ist.

Genau — wir haben den 19. sächsischen Reichstagswahlkreis, dessen Majorität uns gehört, zurückerobert, und werden ihn auch zu behaupten wissen.

Auch diesmal hielt der Wirth des Böhmner Schießhauses daran fest, seinen Saal für keine Versammlung herzugeben, in der Liebknecht als Berichterstatler aufträte. Es ist folglich anzunehmen, daß die selben Einflüsse, welche den Wirth im Herbst des Jahres 1884 bestimmten, auch im Februar und März des Jahres 1886 thätig waren. Bei dem Ueberwiegen der arbeitenden Bevölkerung, ohne welche die Wirthse in unserem Kreise nicht bestehen können, gelang das „Abstreifen der Lokale“ nicht überall. Immerhin gelang es an zahlreichen Orten. So war z. B. in dem sehr wichtigen Kreise Schneberg-Kreuzfeld und Kus bismal kein Saal für uns zu erlangen, trotzdem eine namhafte Rente geboten ward.

Zum Glück durfte überall, wo wir ausgesperrt waren, Hr. Tschierlich sprechen; und die eigenthümliche Art der Beredtsamkeit dieses Muster-Ordnungs-Kandidaten bringt es mit sich, daß Jeder, der ihn einmal gehört hat, hundert Eide darauf schwört, ihn nie mehr zu hören, ihm überhaupt nie mehr in die Nähe zu kommen.

Und so hat denn Herr Tschierlich da, wo die Wirthse uns keine Lokale hergaben, Versammlungen für uns abgehalten — ein Akt der Großmuth, der uns eine gewisse Bewunderung abnötigt. Doch lassen wir Herrn Tschierlich, dessen Verdienste wahrscheinlich von seinen Gönnern und Genossen weniger freundlich anerkannt werden als von uns.

Es versteht sich, daß wir uns auf die negative Beredtsamkeit des Herrn Tschierlich nicht ausschließlich verlassen, sondern nach Kräften selbst agitirten. Die Reichstagsaktion unterstützte uns bereitwillig mit Rednern; eine war 9 Tage im Kreise, Wiermer, Stolle, Biered, Girkensberger, Bebel, Liebknecht hielten Versammlungen; Raden aus Dresden war da, und Geyer sprach an sämtlichen Hauptorten. Die Chemnitzer und Zwickauer Genossen — erstere stellten uns zum Austragen von Stimmpettern und Flugblättern, zum Besorgen der Wahllokale zc. 70 Mann — unterstützten uns kräftig; und auch in vielen Orten des Kreises entwickelten die Genossen eine lebhaft Thätigkeit; Genosse Demmler aus Geyer hielt gut ein Duzend Versammlungen ab.

Wahrhaft unermüdet war das Wahlkomitee mit Walduin Schreiner in Tannenberg an der Spitze. Es traf seine Anordnungen in der umsichtigsten Weise, so daß Alles im entscheidenden Momente „Klappte“. Wesentlich der guten Organisation ist es zu danken, daß der 19. sächsische Wahlkreis uns wieder gehört.

Es ist eine wahre Freude, die Leute zu sehen! Dieser Jubel! Ein Alp ist von ihnen genommen.

Mit wem immer man auch spricht — Alles begegnet sich in dem Einen Gedanken:

Und nun muß uns auch der Kreis auf immer gehören!

— Aus dem 19. sächsischen Reichstagswahlkreis, 3. März. Durrach die Schlacht ist geschlagen. Wir haben geliegt. Der Schneberg-Stollberger Kreis ist zurückerobert, und nun soll er auch nicht mehr verloren gehen. Im Augenblick, wo ich das schreibe — 11 Uhr Vormittags — sind folgende Resultate bekannt: Geyer 8543, Tschierlich 7467. Einige Orte stehen noch aus; sie können aber an dem Gesamt-ergebnis nichts ändern.

Die Wahlbetheiligung war größer als in irgend einem früheren Wahlkampf. Wir thaten unser Möglichstes, und die Gegner boten gleichfalls das Keuferste auf. Daß sie nicht immer mit ehrlichen Waffen kämpften, das versteht sich von selbst. Wo es nur ging, wurde eingeschüchert und beeinflusst. In keinem Wahlkreise Deutschlands ist die Waffe der Wähler ökonomisch so tief heruntergedrückt und muß sich so viel gefallen lassen wie im 19. sächsischen Wahlkreis. Die Arbeiter werden gradezu wie Leibeigene behandelt, und die hundertjährige Rechtschaffenheit hat auch bei Biele eine — ich finde kein anderes Wort — eine Feigheit erzeugt, auf welche unsere Gegner ihre Macht gründen.

Wer ihnen entgegentritt, wird von ihnen aufs Keuferste verfolgt. Jeder Arbeiter, der irgendwie agitatorisch sich thätig zeigte, den Stianen ihre Sklaverei zum Bewußtsein zu bringen suchte, ist der Gegenstand unablässiger Verfolgungen geworden, und wurde allmählig systematisch zu Grunde gerichtet. Ich könnte ein Duzend Namen nennen — doch ich verpare es auf eine andere Gelegenheit.

Diesmal waren die Gegner allerdings etwas ängstlich. Die Aufbedung der schmuckvollen Vorkommnisse, welche im Oktober 1884 die Wahl Eberts herbeiführten, hatte den Herren die Lust benommen, diesmal es mit ähnlichen Praktiken zu versuchen. Die staatlichen Behörden hielten sich sehr rezerent: die sächsische Regierung, welche vor der Kritik des Reichstags eine böllische Angst hat — sie weiß, daß alle Parteien dort ihr gern etwas am Zeuge finden — hatte an ihre Beamten die strikte Ordre ergehen lassen, sich sorgfältig vor jeder Ungefährlichkeit zu hüten. Was unter der Hand geschah, ist, entzieht sich natürlich der Kontrolle; vor der Dessenlichkeit aber bewahren die Staatsbeamten eine korrekte Neutralität. Desto eifriger agitirten die Gemeinbeamteten für unsere Gegner. Und dabei nahmen sie es mit der Gefährlichkeit nichts weniger als genau. So wurde z. B. in Geyer einem Genossen, dem die Reiportagebefugniß entzogen worden, das Austragen von Stimmpettern verboten, obgleich der Reichstag ausdrücklich beschloffen — und einen diesbezüglichen Paragrafen in die Gewerbeordnung eingefügt — hat, daß zum Austragen von Stimmpettern während der gesetzlichen Wahlagitationszeit keine Konfession erforderlich ist. Das Hauptmittel, mit dem unsere Gegner operirten, war — abgesehen von den privaten Beeinflussungen — das Abstreifen von Lokalen. Ueberall wurde den Wirthsen bedeutet, daß es ihnen schlecht ergehen würde, wenn sie uns die Säle hergäben. Und dabei waren die Gemeinbeamteten vielfach mit thätig. Herr von Boydt, der ordnungswühlende Bürgermeister von Böhm, war diesmal war etwas vorsichtiger als das letztemal. Allein unthätig war er sicherlich nicht. Die schändlichen Untriebe dieses Individuums liegen bedäuflich in Gestalt amtlicher Berichte, der Wählprüfungskommission des Reichstags vor; und hätte Herr Ebert sein Mandat nicht freiwillig niedergelegt, um einer unangenehmen Debatte zu entgehen, so würde der besagte Boydt — Bräutigam von Boydt — vielleicht am schlechtesten weggekommen sein. Dieser Boydt war es bekanntlich, der dem Wirth des Schießhauses in Böhm verboten, Liebknecht sprechen zu lassen, weil dieser der gefährlichste aller Antifürzler sei, und zu Gewaltthatigkeiten aufreize. Deshalb protokolllirlich vernommen, meinte der biedere Bürgermeister, er habe mit dem Wirth „strittigste privatim“ gesprochen, und namentlich sich in keiner Weise bedroht für den Fall, daß er sein Lokal zu einer Versammlung mit Liebknecht als Referent hergebe. Der Wirth sagte die Sache jedoch nicht so ganz harntlos auf, und sagte bei seiner (auf Grund des Reichstagsbeschlusses) erfolgten zugehörigen Bernachmung, er habe allerdings daran gedacht, wenn er dem Wunche des Bürgermeisters nicht nachkomme, könne ihm eine Tanzkonzertstunde versagt, oder sonst ein Schaden zugefügt werden.

— Ein Begräbniß unter Polizeianfsicht. Man schreibt uns aus Frankfurt am Main, 27. Februar:

Die hiesige Polizei hat offenbar Angst vor ihren eigenen Sabelhieben bekommen. Das zeigte sich in eklatanter Weise am letzten Sonntag den 21. d. Mts., als es galt, einen Parteigenossen, den Schreiner Johann Christophler, der neun Jahre der Zentralkrank- und Sterbefälle der Töchter angeht hat, von seiner in Bornheim gelegenen Wohnung aus zu Grabe zu geleiten. Dem Leichenzuge würden sich, wie üblich, viele Dumbert Genossen und Freunde des Verstorbenen angeschlossen haben, wenn nicht der Ueberreifer der Polizei diese Absicht in gradezu förmlicher Weise durchkreuzt hätte. Zweifelloß war der, von Herrn von Puttkamer am erst n Tage der jüngsten Reichstagsberatung über das Sozialisten-gesetz gegebene Bist von dem Polizeipräsidenten von Hergenhahn verhängnißvoll beherzigt worden. Denn getreu der von dem Minister gegebenen Andeutung, daß, wenn er selbst am 22. Juli, dem Tage der Frankfurter-Säbelaffäre, die polygelichen Anordnungen in der Reichstadt

1)

2)

zu treffen gehabt, er von vornherein jeden Zeichenkonkult verboten haben würde, erging am 20. dies, dem Vortage des angelegten Begräbnisses, an Herrn Füllgrabe, den Bevollmächtigten der Brilischen Verwaltung der Tischler-Krankenkasse, folgendes Schreiben des hiesigen Polizeipräsidenten: „Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung betreffend die Beerdigung des Schreibers Johann Stübner lasse ich Ihnen anbei Abdruck einer von mir heute erlassenen Bekanntmachung zur Kenntnisnahme zugehen. Diese Bekanntmachung, welche auf roten Plakaten — so waren diesmal die Plakate verfertigt worden — in den Straßen Bornheims und des anliegenden nordöstlichen Theiles von Frankfurt angeschlagen war, und überdies auch in Bornheim durch den Ortsdiener öffentlich verkündigt wurde, verbot unter Hinweis auf §§ 9 und 10 der Verordnung über die Beerdigung des Leichens, und die Beerdigung des Leichens vom 11. März 1850 sowie auf Grund des § 9 des Sozialengesetzes die Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges bei Beerdigung der desorbenen Beerdigung und warnte unter Hinweis auf § 17 des letztgenannten Gesetzes, welcher mit Geldbuße bis 500 Mark oder Gefängnis bis zu drei Monaten die Teilnehmer an solchem Aufzuge, Ordnung und Freiheitstrafen von 1 Monat bis zu 1 Jahre die Leiter, Ordner, Redner u. s. w. bei solchem Anlass bedroht, vor jeder Uebertretung des erlassenen Verbots. Daraufhin begab sich Herr Füllgrabe zu dem Kriminalkommissar v. Hade, um Vorstellungen gegen das Verbot zu erheben und dagegen unter Anderem einzumenden, daß laut Ritzliebber'schluß der Kranken- und Sterbefälle fünfzig Mitglieder der Strafe die Leiche zu begleiten hätten. Der Herr Kommissar erwiderte jedoch, daß es bei dem Verbot sein Bemühen habe, daß jede Theilnahme an dem Leichenzuge als Demonstration betrachtet und behandelt werden würde, und daß höchstens auf die nächsten Anverwandten des Verstorbenen werde Rücksicht genommen werden können.

Wie beschleunigt, so geschah. Am folgenden Morgen hatten sich in Bornheim, in Gruppen an verschiedenen Straßenecken aufgestellt, wohl über 120 Schulkinder, alle mit heruntergelassenen Schuppenfedern, eingefunden, unter ihnen 18 berittene und selbst solche, die in der Nacht vorher noch Dienst gehabt, also ein politisches Massenaufgebot, das allein schon eine Menge Reugieriger auf die Straßen zu locken geeignet war. Es hatten sich denn auch Tausende von Genossen und Freunden des Verstorbenen sowie von Bewohnern Bornheims in den Straßen eingefunden, aber obgleich viele derselben gern dem Dahingegangenen das Geleit gegeben hätten, so folgten sie doch willig den Rufen der von uns hier und dort postierten Genossen und unterließen Alles, was der Polizei als Vorwand zu haarspitzenhaftem Vorgehen dienen konnte, das als „Demonstration“ hätte ausgelegt werden können. Der ganze Zeichenkonkult bestand in Folge dessen aus bloß vier Personen: Anverwandten und Hausgenossen des Verstorbenen, wenn man nicht die mindestens 40 Schulkinder, welche unter Führung des Kommissars Köpcke den Sarg geleiteten, als Rille Verbreiter des Verstorbenen betrachtet wird. Dies Alles unter einem Andrang von Tausenden in der Straße, welche Straßen, Plätze und Fenster besetzt hielten. Die hiesigen Parteigenossen hatten diesmal ausnahmsweise statt der rothen Schleifen, die sicher nicht lange das Knopfloch geziert hätten, schwarze angelegt, während die Krankenkasse für die Schleife des Kranken, den sie auf den Sarg legte, die Unschuldsschleife weiß gewählt hatte. Als der Sarg beim Friedhofsthor anlangte, wurde er von circa 20 bereits dort hockenden Schulkindern unter Führung des Kommissars Schumacher empfangen, worauf die Beerdigung in aller Stille, mit allen politischen Ehren erfolgte. Viele Leute, und darunter selbst solche, die der Sozialdemokratie fern stehen, hörte man in Worte der Entrüstung über das eben so freche wie alberne Verfahren der Polizei ausbrechen, und einen hörten wir die Bemerkung machen: „Die Sozialdemokraten dürfen jetzt nicht mehr sterben, ohne daß sich ihre Freunde der Gefahr aussetzen, noch 500 Mark Extra-Beiträge zu den Sterbefällen beitragen zu müssen.“

Bei dieser Gelegenheit möge auch die Mittheilung gemacht werden, daß am 15., 16. und 17. März nächsthin die Friedhofs-Affäre vom 22. Juli v. J. vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung kommen wird. Unsern Genossen werden in diesem Senationsprozeß als Rechtsbeistände die Advokaten Dr. Epstein und Dr. Goldheim zur Seite stehen, während der Selbstkommissarius Meyer durch seinen Kammeradvokat Dr. Fritz Meyer vertheidigt werden wird. Die Rolle, die Schulkinder zu spielen, ist von dem Herrschaftsriten Dr. Geiger übernommen worden. Nicht weniger als 76 Zeugen, meist Schulkinder für unsere malträtierten Genossen, sind zu der Verhandlung geladen, die ohne Zweifel bis weit über die Grenzen Deutschlands hinaus das größte Aufsehen erregen und die infame Polizeimethodik des neudeutschen Kaiserreichs in ihrer ganzen Brutalität bloßlegen wird.

rk. Die Schnapsmonopoldebatte hat am 4., 5. und 6. d. M. im Reichstag stattgefunden. Mit Ausnahme der Konservativen erklärten sich alle Parteien gegen das Monopol, das Zentrum und die Nationalliberalen ließen aber durchblicken, daß sie in der Kommission mit sich handeln lassen werden und eine hohe Konsum- oder Fabriksteuer zu bewilligen nicht abgeneigt sind.

Den Standpunkt der Sozialdemokraten vertrat Schumacher, der u. A. auch Herrn Eugen Richter den Kopf vollig zurechtstutzte, weil dieser fortgeschrittene Licht wieder einmal — zum wievielten Male mag es sein? — läßt sich nicht zählen — die alberne, überdies von grenzenloser Unwissenheit zeugende Behauptung aufgestellt hatte, das Monopol sei eine sozialdemokratische Einrichtung. Die Regierungsvorlage wurde mit sehr großer Mehrheit an eine Kommission verwiesen.

— Im sächsischen Landtag kam am 1. März eine Petition der Dresdener Bauarbeiter zur Verhandlung, in welcher verlangt wird, daß die Regierung die massenhafte Einführung fremder Bauarbeiter möglichst verhindern und diese von den öffentlichen Bauten ausschließen solle. „Abgeordneter Nebel“, lesen wir in der Hamburger „Vorgänger“, erklärte Namens seiner Parteigenossen, daß sie diese Petition nicht unterstützen könnten. Die Arbeiter hätten ein Recht, sich über die künstliche Einfuhr fremder Arbeiter zur Drückung der Löhne zu beschweren, und es sei auch Pflicht der Staatsgewalt, bei Vergebung der Arbeiten darauf zu sehen, daß die Preise so gestellt seien, daß inländische Arbeiter dabei beschäftigt werden könnten, aber einem Verbot könnten sie nicht zustimmen. Eine solche Maßregel würde notwendig Repressalien anderer Länder hervorrufen, und da schon heute in England, Frankreich, der Schweiz, Nordamerika über die Einwanderung fremder Arbeiter, namentlich Deutscher, die dort meist als Lohnbrüder angesehen werden, geklagt werde, könnten solche Maßregeln von den schlimmsten Folgen sein.“

— In dieser Zeit des Ultra-Servilismus sich durch Servilismus vor Anderen hervorzuheben, ist bei der Virtuosität, die sich Hunderttausende in der Kunst der Speichelleerei erworben haben, einigemmaßen schwierig; und wenn es einem Individuum gelingt, Aukerordentliches zu leisten und den so hohen Durchschnitt beträchtlich zu überragen, so muß das anerkannt werden. Ein solches Beispiel ist jetzt vorgekommen. Ein reichstreues Individuum hat entdeckt, daß Bismarck nicht bloß einer der größten Redner aller Zeiten ist — das haben die Reichstreuen längst entdeckt — sondern auch, daß er (Bismarck), „vielleicht der einzige Redner im deutschen Reichstag ist, dessen Reden zur deutschen Literatur gehören.“

Warum nun gehören sie zur deutschen Literatur? Das reichstreue Individuum theilt es uns mit: 1) Weil Bismarck „sehr häufig aus der Konstruktion fällt.“ 2) Weil „seine (des Bismarck) Zunge nicht mitkommt, wenn sein (des Bismarck) mächtiges Hirn arbeitet.“ — „Dabei (bei diesem Nichtmitkommen) passiren ihr (der Zunge des Bismarck) allerhand wunderliche Fetzthümer, ja sie spricht, während der Kopf den folgenden Satz denkt, in Worte Heidel, geradezu Sinnloses, oder doch Falsches, deklinirt und konjugirt falsch, läßt irrsinnlich ein „nicht“ weg oder setzt eins hinzu.“ c. Kurz, Bismarck ist nach der — durchaus richtigen — Detailhilderung unseres reichstreuen Individuums der miserabelste Redner unter der Sonne, dessen Reden, wenn sie nicht bei der Korrektur des Stenogramms vollständig umgearbeitet würden, der reine Blödsinn und das albernste „Blech“ wären, und es auch so

oft noch sind. Trotdem lautet das Gesamturtheil unseres reichstreuen Individuums: Bismarck ist „vielleicht der einzige Redner im deutschen Reichstage, dessen Reden zur deutschen Literatur gehören.“

Unter reichstreuem Individuum muß eine sonderbare Idee von der „deutschen Literatur“ haben!

Und wie heißt der Mann und wo ist er? Er ist meiser Vorsteher des Stenographenbureaus im deutschen Reichstag und heißt Dr. Eduard Engel.

Hoffentlich belohnt ihn ein fetter Brocken für diese Servilitäts-Musterleistung.

— Ueber Puttkamer's neuesten Geniekreiß — die Erhebung der Anlage gegen die von Gnoß Singer ihm genannten Gewährsmänner in der Affäre Jhring-Mahlow — schreibt man uns aus Berlin:

„Wenn Herr Puttkamer im Reichstag pathetisch versprach, den Fall Jhring-Mahlow aufs Genaueste zu untersuchen, so geschah dies, wie der „Sozialdemokrat“ bereits hervorgehoben, nur mit Rücksicht auf den Eindruck, den die von Genosse Singer mitgetheilten Thatfachen im Reichstag gemacht, und wohl auch aus Muth darüber, daß das onkult terriblo, Spieß Jhring, so unvorsichtig gewesen war, sich entlarven zu lassen. Denn daß er die Mitglieder des Arbeitervereins für den Osten Berlins zu Dynamitanten zu verleiten versucht hatte, daß er den Vertrieb anarchistischer Schriften übernommen und Bekannte in der Anfertigung von Dynamit zu unterrichten versucht hatte, daß er einigen unserer Genossen Dynamit-Bomben zum Geschenk anerbieten, eine Geheimchrift eingeführt und Majestätsbeleidigungen ausgeübt hatte: das Alles war ja an und für sich recht schön und gut, aber — der Mann hätte sich nicht erweisen lassen dürfen. Daß Puttkamer jede Gemeinschaft mit den Prookulationen des Spießes voller Entrüstung von sich zurückwies, ist ja selbstverständlich; aber leider glaubt nur sein vernünftiger Reich dem Oberstpremierminister. Denn wenn auch dem sauberen Herrn Jhring keine direkten Ordres nach dieser Richtung gegeben sein mögen, so beweisen doch die Behandlung der Frankfurter Kirchhofsaffäre und das preußische Spießthum in der Schweiz wohl zur Genüge, daß der Regierung ein Putsch nichts weniger als unlieb wäre, und daß sie Dmjenigen, der einen solchen provokirt, dankbar sein würde. Aber dennoch mußte natürlich, um den Schein zu wahren, eine Untersuchung angeordnet werden und darum versprach auch Herr v. Puttkamer, eine solche anzuordnen, sobald Genosse Singer ihm seine Zeugen genannt haben würde.

Singer hätte deren im Ganzen acht anführen können, alles Genossen, welche ihm als vollkommen zuverlässig bekannt sind. Weil er indessen die Schlüge des Herrn v. Puttkamer kennt, so nannte er vorläufig nur zwei, die Genossen Jens Christensen und Franz Berndt. Singer sagte sich nämlich ganz richtig: Für den Fall, daß der Oberstpremier Puttkamer den Spieß umdreht und nicht seinen Spürhund Mahlow-Jhring, sondern die Genossen anklagen sollte, müssen einige der Zeugen vorläufig verschwiegen bleiben; sonst kommen möglicherweise Alle, die von der Sache etwas wissen, unter Anklage, und dann hat Niemand einen Zeugen. Diese Vorsicht Singers wurde damals selbst von erfahrenen Genossen als übertrieben bezeichnet, und in der That lag es ja auch offenbar am nächsten, gegen den Jhring-Mahlow ein Disziplinärverfahren einzuleiten und dabei die Genossen als Zeugen zu vernehmen. Aber der beschränkte Unterthanenverstand denkt, und die Puttkamer'sche Weisheit lenkt.

Ein paar Tage später bekamen die Genossen Christensen und Berndt eine als „eilig“ bezeichnete Vorladung zur Vernehmung vor den Untersuchungsrichter wegen verleumdlicher Behauptung, und zwar als — Angeklagte. Puttkamer hatte also thatsächlich das Kunststück fertig gebracht, dem notorischen Spieß mehr Glauben beizumessen als acht zuverlässigen Genossen, und das, obwohl derselbe Herr Puttkamer im Reichstag selbst hat zugeben müssen, daß sich sein Schützling unter falschem Namen und unter dem Deckmantel einer ertheuhten politischen Gesinnung in die Arbeiterkreise eingeschlichen hat!

Aber das schadet nichts: ein Schuft, der anerkanntermaßen den ganzen Tag berufsmäßig lägt, ist bei Puttkamer noch immer ebenso glaubwürdig, wie acht anständige Leute zusammengenommen, vorausgesetzt nämlich, daß diese acht Sozialdemokraten sind. Herr Jhring steht jetzt also unter dem Schutz der königlichen Staatsanwaltschaft, und Herr v. Puttkamer wird natürlich alle Hebel in Bewegung setzen, um zu zeigen, daß die Sache weiter nichts ist, als „ein charakteristisches Zeichen für die Kampfmethode der Herren von der Sozialdemokratie.“ Wichtigsten hat er im Reichstag diese Ansicht geäußert, und wer ihn kennt, der weiß ja, daß ihm im Kampf gegen die bösen Sozialdemokraten kein Mittel zu gemein ist, vorausgesetzt nur, daß davon nichts an die Öffentlichkeit kommt.

Vorläufig sind nun die beiden Angeklagten, die Genossen Christensen und Berndt, von dem Amtsrichter Dr. Jungl vernommen worden. Nach dem übereinstimmenden Urtheil der beiden Betheiligten muß man zugeben, daß der Mann dabei recht unparteilich verfahren ist — jedenfalls weit unparteilicher als Seine Excellenz von Puttkamer es zu thun versucht hat. Eigenthümlich soll nur das Interesse gewesen sein, mit welchem er die Angeklagten zur Kennung ihrer Zeugen zu veranlassen suchte. Beide erklärten übereinstimmend, daß sie erst bei der Hauptverhandlung mit ihren Zeugen ins Feld rücken würden, und Genosse Christensen gab auf Wunsch des Herrn Amtsrichters auch den Grund für diese Zurückhaltung an. Er meinte nämlich, daß Konstantin Puttkamer dann auch gegen die Zeugen den Spieß umdrehen würde, was allerdings der Herr Amtsrichter verneinte. Genosse Christensen verlangte und bewirkte dann noch die Aufnahme folgender Erklärung ins Protokoll: „Ich habe die vorhin zu Protokoll gegebenen Thatfachen dem Herrn Reichstagsabgeordneten Singer mit der ausdrücklichen Bitte mitgetheilt, daß er dieselben bei der Beratung des Sozialengesetzes verwenden möge. Da ich Mitglied der sozialdemokratischen Partei bin, und da ich außerdem dem Vorstande des Arbeiter-Bezirksvereins für den Osten Berlins angehöre, habe ich ein berechtigtes Interesse daran, Prookulationen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und speziell von Angehörigen des genannten Vereins zu verhindern. Da aber Herr Jhring grade die Mitglieder dieses Vereins zu Verbrechern zu prookuliren suchte, habe ich nur „in Wahrung berechtigter Interessen“ gehandelt, wenn ich dem Herrn Singer obige Thatfachen mitgetheilt habe, damit er Remedur schaße.“ Berndt gab außerdem die interessante Thatfache zu Protokoll, daß Herr Jhring — seiner Anklage gemäß — vom Chef der politischen Polizei, dem Herrn Polizeirath Krüger, beauftragt worden sei, ihn (Berndt) wo möglich als Spieß zu engagiren, sowie daß Herr Jhring ihn aufgefordert habe, die Bildung eines revolutionären Clubs anzustreben, „damit wir ein ganzes Netz auf einmal auch hin können; denn wir brauchen Material zur Verlängerung des Sozialengesetzes.“ Also Herr Jhring geht selbst zu, daß Herr Puttkamer Material gebraucht und daß er darum zu Verbrechern anzuregen hat. Schönes System! Und dabei die mächtige stiltliche Entrüstung des Herrn von Puttkamer!!! Schmach über diese ganze scheinheilige Bande, die sich heutzutage als Vertreter der Ordnung ausspielt und dabei thatsächlich kein anderes Ziel im Auge hat, als ihr altes, morsches Rahmenwerk von Staat aufrecht zu erhalten!

Wir werden also in den nächsten Wochen wieder einen großen Tendenzprozeß gegen die Art sich abspielen sehen. Selbstverständlich werden wir es im Zentralorgan nicht an Verichten darüber fehlen lassen.

— Nicht grammatikalisch! Um die verdreherische Rücksichtslosigkeit zu demänceln, mit der die ordnungsparteiliche Majorität der sächsischen Kammer über die von den sozialdemokratischen Abgeordneten vorgebrachten Beschwerden hinweggeht, zog die Ordnungsparteiliche, „Dresdener Nachrichten“ genannt, neulich über Genosse Raden her, weil er in einer fünfzeilenlangen Rede über die von Polizei und Behörden verübten Schmeinerien sich nicht in der Sprache „gebildeter Männer“ ausgedrückt habe.

Ganz derselbe Vorwurf wurde vor einigen Wochen in französischen Blättern dem Abgeordneten Bally gemacht, worauf unser Bruderorgan, der „Sozialist“, treffend erwiderte:

„Man erinnert sich des Ausspruchs, den der Zeremonienmeister ausließ, als mit dem Girondisten Roland die Bourgeoisie ihren Sitz in die Tuilerien und den Staatsrath des bereits gefangenen Königs hielt. Mit einem Augenwinkern wies er Dumouriez auf den neuen Minister hin, der mit seinen langen Haaren, seinem schwarzen Rock und seinen Schnür-

stiefeln einem sonntäglich gekleideten Quäker glich, und tief aus: „Da sehen Sie, mein Herr, keine Schnaßen an den Schuhen!“

Worauf Dumouriez lakonisch erwiderte: „Ja, Alles ist verloren!“ Und in der That war „Alles verloren“ für das alte Regime der Verächter und Keißler, des Bubers und der Galanteriebegier. Bis in sein „Älterthümliches“ fühlte es die Tritte der „Schnaßenlosen“ des „dritten Standes“.

Einer Scene ähnlicher Art wohnen wir heute bei. Die Literaturlakaien seiner Majestät des Kapitals haben einen Brief des Bergarbeiters Bally gefunden — oder gestohlen —, der mit dem Wörterbuch der Akademie nichts gemein hat, zeiget ihn mit der Spitze ihrer Federn den Adofoleten in der Kammer und schreien:

Da, sehen Sie, meine Herren keine Orthographie! Keine Orthographie? Und doch Abgeordneter für Paris! Keine Orthographie? Und doch, als er von der Tribüne der Mirabeau und Danton, der Ledru Rollin und Gambetta herabstieg, von dem jubelnden Beifall des ganzen arbeitenden Frankreich begrüßt! Kein Zweifel, Alles ist verloren — für die Klasse, welche die Orthographie und das Eigenthum monopolisirt hat!

p. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb neulich, in sozialdemokratischen Kreisen würde ein „Erziehungsfonds“ für die Kinder Liebknecht's gemeldet. Liebknecht erklärt nun in der „Frankfurter Zeitung“, daß ihm von einer solchen Sammlung nichts bekannt sei, und daß seine Begriffe von Ehre und politischer Unabhängigkeit ihm auch nicht erlauben würden, unter der einen oder der anderen Firma den Bettelstock für sich schwingen zu lassen. Das müsse er Leuten überlassen, die sich über den gemeinen Moralfoder erhoben haben. Sozialdemokraten sind eben keine Gesellschaftspolitiker, die, wie Bismarck, das Geld nehmen, wo sie es finden, und selbst vor Expression von Arbeitergroßen nicht zurücktreten.

n. Ein ziemlich bekanntes Mitglied der literarisch-politischen Demimonde ist dieser Tage zu Wiesbaden gemeldet: Herr Corvin-Wierbicki, in seiner Jugend preußischer Lieutenant, dann Journalist, 1848 am Verweg'schen Putsch theilhaftig, 1849 am babilonischen Aufstand, deshalb 6 Jahre im Zellengefängnis zu Bruchsal — hernach fahrender Zeitungs-Korrespondent in Amerika, in Frankreich, eifriger Bismarckler, dabei sich immer als „Republikaner“ gerierend, und schließlich Gegenstand einer nationalliberalen Bettelspende, nebenbei auch — mit dem gleichfalls nicht ganz zweifelsohnen Heild in Romagnie — Verfasser einer sogenannten Weltgeschichte. Wir würden uns mit dem Manne nicht beschäftigen, wenn nicht auch demokratische Zeitungen ihm in feierlichen Retrologen die Märtyrerkrone des überzeugungstreuen, charakterfesten Volksmannes und Volkskämpfers aufgesetzt hätten.

Gegen diese Märtyrerkrone und den überzeugungstreuen, charakterfesten Volksmann und Volkskämpfer müssen wir im Namen der geschichtlichen Wahrheit Vermahrung einlegen. Herr Corvin hat bei der Uebergabe von Rastatt, im August 1849, eine höchst zweideutige Rolle gespielt; er hatte mit den Preußen zu unterhandeln und machte der Befragung über die von ihnen gestellten und bewilligten Bedingungen vollkommen falsche Mittheilungen. Auf Grund dieser seiner Mittheilungen entschloß sich die Befragung zur Kapitulation, vermehrend, daß freier Abzug für die Mannschaft und Begnadigung für die Offiziere gemäht sei. Die Preußen hatten an solche Bedingungen aber nicht gedacht, und singen sofort an zu standrechteln.

Ob Corvin bloß der Geperkte war oder ob er mit den Preußen unter einer Decke steckte, ist nicht genau festgestellt. Im günstigsten Falle hat er einen grenzenlosen, ja wahrhaft verbrecherischen Leichtsin an den Tag gelegt, und eine Handlung begangen, für die ihn jedes Kriegsgericht eben so gut zum Tode hätte verurtheilen müssen, wie für bewußten Verrath!

— Immer für das Neelle! In einer Broschüre wider den Risikoinvestor Bahd, der seinen Schnaps Wist für die Regier genannt, schreibt der Kaufmann Admann dem Missionar Jahn: „Es zeugt auch von geringem Vertrauen zu Ihrer eigenen Sache, wenn Sie ihr nicht zutrauen, aus eigener Kraft einen Feind, wie die Trunksucht, unterdrücken zu können. Wenn Sie einerseits den Handel verächtigen, auf der andern Seite den Regern nur abstrakte Theorien von religiösen Anschauungen beibringen wollen, so kann ich das wahrlich nicht für die richtige Art und Weise ansehen, um den Regern beizukommen.“

Mit konkretem Schnaps kommt man ihnen freilich besser bei. Der erbärmlichste Fudel ist immer noch weiler als das ideale Christenthum — sagt Herr Admann dem Missionar Jahn: „Es zeugt auch von geringem Vertrauen zu Ihrer eigenen Sache, wenn Sie ihr nicht zutrauen, aus eigener Kraft einen Feind, wie die Trunksucht, unterdrücken zu können. Wenn Sie einerseits den Handel verächtigen, auf der andern Seite den Regern nur abstrakte Theorien von religiösen Anschauungen beibringen wollen, so kann ich das wahrlich nicht für die richtige Art und Weise ansehen, um den Regern beizukommen.“

Es geht nichts über die Gleichheit vor dem Gesetz. Aus der Provois Sachen wird uns geschrieben: In dem ehrbaren Städtchen Alsdleben an der Saale, Regierungsbezirk Merseburg, wurde bis vor Kurzem als Bürgermeister Herr Dr. jur. Pilschmann, ein wackerer Kämpfer für Ordnung und Moral. Lange Jahre war Pilschmann befreundet gewesen mit dem Unbühlerigen Adolph Roth; hatte es auch nie und da einmal welchen ihnen einen Konflikt gegeben, so hatte man sich doch immer wieder veröhnt. Pilschmann wählte sogar im Hause des Roth's.

Eines Abends nun war Roth's Dienstmädchen, das schon längere Zeit krankte, auf den Hof desinlichen Abtritt gegangen, ein Bedürfnis zu verrichten, als aus einer Kedenkabine die Worte eridnen: „Kommen Sie doch zu mir 'rüber, Fräulein, ich will Ihre Krankheit schon kuriren.“ Und wer war der Rechenfreund, der an solchem Orte solche Einladung an ein krankes Mädchen erließ? Niemand als Bürgermeister Pilschmann. Leiber aber hatte auch Roth's Knabe, der grade aus dem Hof spielte, die Worte gehört und seinen Eltern hinterbracht; diese fragten das Mädchen aus, und siehe da, bei dieser Gelegenheit kam an den Tag, daß der ehrenwerthe Bürgermeister bereits sein eigenes Dienstmädchen, Anna Hindler, ein Mädchen von 15 Jahren, genothdürftig! Das war selbst Herrn Roth zu stark, er machte Anzeige und — in den nächsten Tagen berichteten die Blätter, daß Bürgermeister P. wegen Verletzung seiner Familienverhältnisse seines Amtes enthoben sei. Anklage ist erhoben, da aber P. frei herumläuft, kann man voraussehen, daß die Sache nicht allzumal für ihn ausgehen wird.

Hören wir nun, was uns der diesjährige Merseburger Schwurgerichtspräsident erzählt: „Sitzung vom 11. Januar. Es erschienen als Angeklagter der Raurergeselle Racl Ernst Herrn. Ödrike als Schleudich, verheiratet, 21 Jahre alt, wegen vollendeter Raubthat, verurtheilt an einem 16jährigen Mädchen, sowie wegen versuchter Raubthat vor den Schranken. Es waren drei Zeugen zu vernehmen. Die Geschworenen bejahten beide Schuldfragen, mildernde Umstände vernehmend. Der Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft lautete auf fünf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Exzerruß, und der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage, weil der Fall ein besond'eres Interesse.“

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte finden nicht statt.“ steht in der preußischen Verfassung — auf dem Papier.

— Die französische Deputirtenkammer hat am 3. März einen Antrag auf Aufhebung der Prinzipien mit 230 gegen 195 Stimmen abgelehnt. Darüber großer Jubel in der verschämten und unverschämten monarchistischen Presse Frankreichs und in der „demokratischen“ Presse Deutschlands — voran die „Frankfurter Zeitung“. Das volksparteiliche Blatt sucht den Antrag als reinen Unflath hinzu stellen. Das ist er nun keineswegs, wohl aber ist er eine große Halbheit, denn der erste und wichtigste Schritt gegen die Prinzipien wäre der, ihre, der Nation aus Grund des logenannenen monarchischen Rechts gestohlene Reichthümer zu konfisziren. Wenn die Herren gegen die Republik konspiriren wollen, so mögen sie sich die Mittel dazu selbst erwerben.

Sonst besonders schau brüht sich bei dieser Gelegenheit wieder der famose Gitter-Korrespondent der Frankfurterin aus. „Clemenceau“ sagt er, „will das gemeine Recht nicht für die Präsidenten gelten lassen; seiner Ansicht nach können die Prinzen nicht wie einfache Bürger behandelt werden, aber er scheint dabei ganz zu vergessen, daß er durch diese seine Behauptung die Prinzen als auserlesene Wesen anerkennt, was die Monarchisten ihm sicherlich nicht verüben werden.“

Also wenn die Prinzen in der ganzen Welt herum gegen die Republik konspirieren und intrigieren, sich „königliche Freiheit“ titulieren lassen, eine monarchistische Partei bilden, die nur darauf lauert, die Republik zu erdrücken, dann muß jeder gute Republikaner das ignorieren, denn sonst erkennt er an, daß die Prinzen „auserlesene Wesen“ sind. Und zudem konspirieren die Prinzen gar nicht einmal, sie lassen höchst Andree für sich konspirieren — ihre guten Freunde — wie kann man da nur so thöricht sein wollen, sie nicht als gleichberechtigte Bürger zu behandeln! Alle Rechte, aber keine Pflichten.

Wie gesagt, wir sind keineswegs für den Ausweisungsantrag begeistert, aber mit dem Hinweis auf das „gleiche Recht für Alle“ bleibe man uns vom Leibe. Das kann so lange nicht angerufen werden, als die Prinzen nicht rund und nett erklärt haben, daß sie ihre „Ansprüche“ auf den Thron von Frankreich für null und nichtig betrachten, und daß sie nicht ihre Güter der Nation zurückzugeben haben.

Brilliant waren unter den 330 gegen den Ausweisungsantrag Stimmen nur 151 Republikaner, während 195 Republikaner dafür stimmten. Es ist also kein Grund vorhanden, von einem „Sieg“ über die Reaktion über die Radikalen zu reden.

— **Kein „höflicher“ Radikaler.** In einer Einleitung an die Budapest „Arbeiter-Wochenzeitung“, welche die in Nr. 7 unseres Blattes veröffentlichte Korrespondenz „Der höchste Radikalismus“ nachgedruckt hatte, vermahnt sich Dr. Sibogen gegen die ihm in besagter Korrespondenz gemachten „Unterstellungen“. Er habe sich in der erwähnten Versammlung „mit Entschiedenheit“ für Aufhebung des Wahlkörpersystems ausgesprochen und nur gesagt: „Wenn man sich schon nicht entschließen konnte, das ungerechte Wahlkörpersystem abzuschaffen, so wäre es wenigstens konsequent gewesen, statt die Junggüldenmänner zu einer Befreiung der privilegierten Stellung der zwei ersten Wahlkörper zu benutzen, ihnen einen separaten, vierten Wahlkörper zuzuwenden;“ und habe ausgeführt, daß „der Volkswille nur in der Bewirkung des universellen allgemeinen Stimmrechts zum Ausdruck kommen kann“. Er „bekenne gern“, daß seine Anschauungen über das allgemeine Wahlrecht, „in der That von denen auseinander gehen, welche zum großen Theil unter Mitwirkung der radikalen Partei herrschen“. Er erkläre in ihm „ein wertvolles Organisationsmittel großartigsten Stils — nicht mehr, nicht weniger“, und habe dieser seiner Auffassung „wiederholt und auch im Vorjahre in einer freien Arbeiterversammlung mit gewohnter Offenheit Ausdruck gegeben“. Was die Regierung anbetrifft, so habe er gesagt, „dem Ministerium Laaffe lasse sich das Verdienst nicht absprechen, daß es wenigstens den schädlichsten Versuch unternommen habe, die schlimmsten Ergebnisse der kapitalistischen Ausbeutung abzumildern“, aber über die Stellung der Regierung zur Arbeiterbewegung überhaupt kein Wort gesprochen; wie er darüber denke, „wissen die Arbeiter“, er habe „oft genug, im Gerichtssaal und in Arbeiterversammlungen, sein Urtheil darüber rückhaltlos geäußert“. Aber gradezu komisch sei es, wenn man ihn erst darüber belehren wolle, was unter der gegenwärtigen Regierung alles geschehen, ihn, der als Anwalt dieser armen Opfer jeden einzelnen Fall ganz durchforste und der selbst „Verfolgungen genug“ für seinen „Freimuth“ zu erdulden gehabt habe.

Soweit der sachliche Theil der Einleitung. Man wird nicht grade behaupten können, daß sie, mit Ausnahme der auf die „Laaffe'sche“ „Sozialreform“ bezüglichen Stelle, viel von dem, was unser Korrespondent gesagt, berichtigt. Und auch die Resart, welche Dr. Sibogen als die richtige angibt, nimmt sich im Grunde eines Mitgliedes der „radikalen“ Arbeiterpartei immer noch sonderbar genug aus. Aber es ist nicht unsere Sache, darüber mit ihm zu rechten, er mag sich in dieser Beziehung mit seinen radikalen Genossen auseinandersetzen. Wir fragen nur: Was würde man im Lager des Dr. Sibogen sagen, wenn ein „Gemäßigter“ einen solchen Anspruch gethan?

Die Ausführungen Dr. Sibogens über das „allgemeine Wahlrecht“ gehen in keiner Weise über das hinaus, was in gemäßigten Kreisen über dasselbe gelehrt wird. Anders sein Anspruch über die Junggüldenmänner. Der ist in der That nicht gemäßig. Die Bildung eines besonderen Wahlkörpers für diese Wählerklasse wäre nicht nur keine Konsequenz der Erweiterung des Wahlrechts, sondern eine durchaus kleinbürgerlich-reaktionäre Maßregel. Herr Dr. Sibogen scheint nicht zu wissen, daß die Klasse der Kleinbürger die reaktionärste in der heutigen Gesellschaft ist.

Aber das ist eben das Charakteristische all dieser „radikal“ „sozialistischen“ Politiker, daß sie, wie auch Krapotkin in seinem jüngsten Vortrag in Paris wieder gezeigt, noch tief in der kleinbürgerlichen Denkwelt stecken. Der Gedankengang der großen Theoretiker des proletarischen revolutionären Sozialismus ist ihnen fremd geblieben, die freilich überaus radikal klingende Phrase Proudhons und seiner Nachtreter hat es ihnen angethan. Das geht nun so lange, als man sich in der lustigen Atmosphäre der radikalen Verneinung alles dessen, was besteht, bewegt, steigen sie aber aus derselben zu uns armen Erdgeborenen herab, so paßirt diesen Leuten, wie weiland Meister Proudhon, das Maß, daß sie, sobald sie praktisch wirken wollen, sich als durchaus nicht so umhärterlich herausstellen als sie sich geben. Sie haben es sich dann selbst zugesprochen, wenn der Gegensatz zwischen ihrer radikalen Theorie und ihrer gemäßigten Praxis minder phantastisch veranlagte Leute zu unklaren Schlusfolgerungen veranlaßt.

Es heißt hier auch: Entweder — oder. Was kann Herr Dr. Sibogen begründeterweise den von ihm und seinen Freunden als „gemäßig“ bezeichneten Sozialisten vormerken? Warum die fortgesetzten Beschimpfungen und Verächtlichkeiten? Warum die anarchistischen Allüren, wenn man nicht überzeugter Anarchist ist? Herr Dr. Sibogen mag erst diese Fragen beantworten, ehe er sich über „Demunisationsausdrücke“ (!) beschwert.

— **Sozialistische Presse und Literatur.** Aus Madrid erhalten wir den Prospekt eines vom 1. März an erscheinenden sozialistischen Blattes „El Socialista“, Organ der spanischen Arbeiterpartei. Das Programm des Blattes spielt in folgenden Forderungen:

- 1) Erringung der politischen Recht durch die Arbeiterklasse;
- 2) Umwandlung des privaten und korporativen Eigentums an Produktionsmitteln in Gemeineigentum der Nation.
- 3) Organisation der Gesellschaft auf der Grundlage der wirtschaftlichen Föderation, der wissenschaftlichen Regelung der Produktion.

Wir heißen den neuen Mitstreiter aufs Wärmste willkommen. Das Organ El Socialista's, „La Republica“, gibt seit einigen Wochen seinen Lesern eine spanische Uebersetzung von Marx' „Kapital“ in Lieferungen als Beilage.

— **Aufgepaßt!** Die Lohnbewegung unter den Schneidern am hiesigen Plage ist dadurch in ein anderes Stadium getreten, als am 5. März ein Theil der Arbeiter des größten hiesigen Konfektionshauses, Wolf & Kehl, die Arbeit niederlegte.

Der Lohn ist bei dieser Firma auf ein Niveau heruntergedrückt, daß es den Arbeitern nicht mehr möglich ist, dabei zu existieren. Es wird jetzt Alles aufgeboten, um auch die übrigen Arbeiter dieser Firma zum Anschluß zu bewegen, wie auch die Arbeitseinstellung auf die übrigen Konfektionshäuser auszuweiten. Da jedoch die meisten Arbeiter außerhalb der Stadt wohnen, außerdem von Seiten der Arbeitgeber alles aufgeboten wird, jede Verbindung mit uns unmöglich zu machen, so ist unsere Aufgabe keine leichte.

Wir warnen deshalb wiederholt vor Zuzug und ersuchen, uns in unserm Kampfe zu unterstützen.

Unterstützungen sind zu adressiren an: L. Witt, Limmatquai 66, Zürich.

Mit sozialdemokratischem Gruß!
Zürich, den 9. März 1886.

Das Streik-Komitee.

Korrespondenzen.

Wittenberg, Provinz Sachsen. Wozu das „Volk in Waffen“ gut ist. In der Zuderfabrik Lößbejen bei Halle an der Saale ging es im November vorigen Jahres — wenn auch nicht grade lustig, so doch recht lebhaft zu. Es wurde flott gekämpft, eine wahre Freude für die — Aktionäre. Die Arbeiter waren nämlich „kaiserlich-königliche“ Soldaten. Wie die dahin kamen? Nun, die Sache ist sehr einfach; der Direktor der Fabrik hat einen Schwager, und dieser Schwager, ein Sohn des wackeren Ex-Polizeipräsidenten von Radai, ist Hauptmann in Wittenberg. Da die gewöhnlichen Arbeiter mit ihren Forderungen wahrscheinlich zu unerschämmt sind, so wandte sich der Herr Direktor an den braven Hauptmann, und der kommandirte: Marsch, nach Halle! Ob er dazu von seinen Vorgesetzten Erlaubnis bekommen, wissen wir nicht, wagen aber nicht, es zu bezweifeln. Gibt es einen edleren Beruf für das „herrliche Kriegsherr“ im Frieden, als um ein Butterbrot — pardon, die Butter war vorrätig — als um ein paar Groschen Lohn Zuder zu siedeln? Sicher nicht, und daher wurde auch, damit recht viele Soldaten dieses Stücks theilhaftig wurden, alle 14 Tage „Abführung“ kommandirt.

Auf dem Wege lagen sie bei einer Familie Richter in Schlafkette — richtiger in Schlafkette, eine elende, verfallene Lehnshütte — die ehrenwerthen Ortsväter hatten sie dorthin geschickt, damit Frau Richter, die seit 18 Jahren einen kranken Mann zu versorgen hat, den schon zweimal der Schlag getroffen, etwas verdiene. Menschenfreundlich, nicht wahr? O gewiß, Frau Richter kann von der Humanität ihrer Mitbürger Wunderdinge erzählen. Auf den Knien hat die arme Frau schon vor den prägnanten Herren gelegen und um Unterstützung gebeten, aber gerissen haben sie ihr etwas. Sie muß noch Extrasteuern zahlen, denn sie hat ja ein „Haus“ — ab-n-h-men thut's ihr Niemand, dazu ist es zu schlecht. Es ist ein grauenhaftes Elend, zu sehen, wie das arme Weib sich schindet, um sich und ihren Mann, den sie pflegen muß wie ein Kind, vor dem Hungertode zu schützen.

Die Herren Stadtväter von Lößbejen sind gute Christen und brave Patrioten. Als bei der letzten Reichstagswahl die Sozialdemokraten in Lößbejen eine Versammlung abhalten wollten, da ließen sie sie durch aufgebeulte Knechte aus der Stadt jagen, denn — von dem „gott- und vaterlandlosen Gesindel“ wollen „wir“ nichts hören. Wenn es aber, wie 1870, heißt, an die Grenze marschiren, dann ist das „gott- und vaterlandlose Gesindel“ nicht zu schlecht dazu, da wird die Vaterlandsliebe des armen Mannes in allen Tonarten gesungen. Und der arme Mann, der Proletarier, läßt sich auch einreden, er müsse seinen Herd beschützen, er hat es sich wenigstens einreden lassen, ob er es noch einmal thut, wenn er sieht, wie die Vaterlands-Großmüher mit dem Arbeiter unspringen, ihn schinden und auspressen wie eine Zitrone, das ist noch die Frage.

Ein Rotheer im blauen Rock.

Briefkasten

der Redaktion: Beizeub: Mit Ihrer Einleitung ganz einverstanden. Das Gedicht, wider dessen Tendenz gar nichts einzuwenden, war für den „Soj“ eingeschrieben zu lang, zur Separatgabe von Seiten unseres Verlages aber aus anderen Gründen unvereinbar. Wir glauben Sie längst darüber unterrichtet. Alles Weitere ist uns freud.

der Expedition: Wasel Hte. Bz. Nr. 8 — Wb. auf 1 Expl. pr. 88 er. — B. 1—VI: Nr. 761 90 Ab. pr. Ende 85 Schft. 10. er. Weiteres befolgt u. notifizirt. — J. D.: Nr. 100 — a Gto. erh. Weiteres H. Bf. — Hiesiger: Nr. 35 — u. Fr. 2 — Ab. pr. Mitte 86 er. — L. v. R.: Nr. 101 — Ab. pr. Ende 4. Qu. 85 er., wie schft. quittirt. — Feuerländer: Nr. 101 20 a Gto. Ab. erh. Ab. geordn. — Schiffs: Gts. bld. erh. Wird befolgt. Ab. geordnet; 10 war bereits fort. Beil. befolgt. Von R. noch nichts da. — Poci. Abz.: Nr. 280 Ab. März u. 2. Qu. erh. — G. B. Schwand: Nr. 140 Ab. Febr. u. März erh. — H. S. F. Col.: Nr. 10 12 Ab. ob 1. März 86 bis 1. März 87 erh. Bstfl. folgt prompt je nach Erschein. — Neu York: (4 Doll.) Nr. 10 12 v. zwei Formsch. pr. Dds. bld. erh. — D. Sol. Nr. 1 — pr. Kgd. mit einem Hoch den 1. Geopisleren v. R. R. York. — D. M. Stockholm: Nr. 2 50 Ab. 2. Qu. erh. Ab. geordnet. — Buffalo E. Scht.: Nr. 20 40 (4 Doll.) pr. Schft. erh., so viel macht grade das Best. Ab. „Trau“ überigens momentan vergriffen. Also warten über über Nr. 15 — weiter verlägen. Nr. 15. war in Nr. 22, 85. quittirt. Nur ältere und höhere (vor Allem keine deutliche) Marken sind verwertbar. — Exlieutenant J. D.: Nr. 4 — pr. Kgd. bld. erh. 20 Bf. Ab. Not geordn. Weiteres H. — J. R. Zug: Nr. 9 90 Ab. 4. Qu. u. Schft. erh. — Dent an mir: Nr. 5 80 für Schft. erh. Edg. abgg. — Beizeub: Nr. 6 50 Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. Beil. an Ab. befolgt. „Zur dauernden Beachtung“ in Nr. 9 wollen auch Sie ad notam nehmen. — W. Lgr. Chicago: Hf. erh. Bitten um Zusendung. Billg. folgt. — Calombourg: Ein 2. Bd. Tsch. existirt nicht. — R.: dupl. 5 — f. Schft. u. Remittiren erh. Billg. befolgt. — Rio de Janeiro: Nr. 33 — f. d. Dds. v. d. Seitenen das. bld. erh. — G. Weiland Rio d. J.: Nr. 17 — a Gto. Ab. 10. er. Billg. folgt. Ab. geordnet. Bld. mit L. befolgt. — Bhd. Dgn.: 50 Gts. f. Kal. erh. — Jürgeln: Nr. 100 — a Gto. erh. Bf. v. 24. 2. am 24. 2. beanw. u. entsprechend disponirt. — Berrina: Nr. 5 80 Ab. ab 1/3. bis Ende Juni erh. Weiteres befolgt. — Oberrieden: 30 Gts. f. Kgd. erh. — Sorgen: Nr. 4 50 v. Dsch. Verejn pr. Uds. bld. erh. —

Aufforderung.

Wilhelm Heuselber, Schreiner aus Jferlohn, wird dringend ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten sofort gelangen zu lassen. Die bewakte Sache ist zu seinen Gunsten aufgestellt und wird endgiltig geregelt, sobald Verkehr hergestellt ist.

Ludwig Copalle, Carrenstraße 9, Jferlohn.

Um allseitige Weitergabe dieser Mittheilung an S. wird gebeten.

Zürich Samstag, den 13. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Cafe Rutter (früher „Weißes Röthli“) an der Schiff-lände, 1. Stock:

Oeffentliche

Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Die Währungsfrage.

Referent: Hgr. Bernstein.

Es zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Lokalausschuß.

Jedermann hat Zutritt.

An Freunde und Genossen in London.

Die Londoner Märzfeier wird in nachstehender Reihenfolge abgehalten:

Donnerstag, den 18. März, Abends 8 Uhr, South Place Chapel, Finsburg Pavement: Internationale Feier der englischen, französischen, russischen und deutschen Sozialisten und Anarchisten in London.

Sonntag, den 20. März, Abends 8 1/2 Uhr, im kommunistischen Arbeiterbildungsverein, 49 Totenham Street: Deutsche Volksversammlung. Thema: Die Revolutionstage des Proletariats.

Sonntag, den 21. März, Abends 8 Uhr, im kommunistischen Arbeiterbildungsverein: Theater und Deklamationen.

Zu zahlreicher Betheiligung ladet ein

Der kommunistische Arbeiter Bildungsverein,

49 Totenham Street.

Verzeichniss Sozialdemokratischer Schriften.

	Fr.	Cts.	M.
Marx vor den Kölner Geschwornen. Prozess gegen den Ausschuss der rheinisch. Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand	—	25	—
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814. 4. u. 5. B.	2	50	2
Mehring, Franz, Herr v. Treitschke, der Sozialisten-tödt-er und die Endziele des Liberalismus	—	35	—
Most, J., Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie — Die Pariser Kommune vor den Berliner Gerichten	—	50	—
— Die Bastille am Plötzensee, 2. Aufl.	—	50	—
— Die Lösung der sozialen Frage	—	40	—
— Die sozialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus	1	—	—
Motteler, J., (Pseud. F. Weissmann.) Die Wucherfrage, historisch-kritisch beleuchtet	1	25	1
Mühlberger, Dr., Z-r Wohnungsfrage, eine soz. Skizze	—	25	—
Memminger, A., Die Nordostbahn. Eine Gründungsstudie, nebst einem Anhang: Strasseneisenbahnen	—	60	—
Mill, J. Stuart, Produktion auf grosser und kleinerer Stufenleiter, mit Anmerkungen v. Tschernischewski	—	30	—
Ott, A., Zur Frage des schweiz. Tabakzolls	—	10	—
Petzler, J. A., Die soziale Baukunst, Bd. I. u. II. bro. h. a.	3	—	2
— Dasselbe, gebunden a.	4	—	3
Politzer, S., Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern	—	10	—
Pfau, L., Das preuss. Regiment vor Gericht	—	50	—
Prowe, John Brown, der Negerheld	—	50	—
Pro Nihilò (Arnim contra Bismarck)	1	—	—
Protokolle der Kongr. d. Schweiz. Arbeiterbundes zu Olten 1873, Winterthur 1874, Basel 1875, Bern 1876, Neuenburg 1877, St. Gallen 1879, Olten 1880 a.	—	15	—
— Alle zusammen	—	75	—
— des Dresdner 1871	—	35	—
— des Coburger Kongress 1874	—	35	—
— des Kongress zu Wjden 1880	—	25	—
— des Kopenhagener Kongress 1883	—	25	—
Programme und Statuten des Schweizerischen Arbeiterbundes 1877	—	05	—
Quarek, Dr. M., Die Arbeiterschutzgesetzgebung im deutschen Reich	1	25	1
Rasch, G., Die Preussen in Elsass-Lothringen	2	50	2
Rodbertus-Jagetzow, Zur Erkenntnis unserer staatswirthschaftlichen Zustände	5	—	4
Rechenschaftsbericht der sozialdem. Reichstagsabgeordneten 1879	—	25	—
Rekurs der soz. Partei der Schweiz an den Zürcher Kantonsrath gegen das Verbot des Weltkongressen 1881	—	02	—
Sack, E., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit	—	75	—
— Beiträge zur Schule im Dienste für die Freiheit	1	50	1
— Gegen die Prägelpädagogen	1	—	20
Schiffle, Quintessenz des Sozialismus	1	50	1
Scholl, K., Die freien Gemeinden und die Sozialdemokratie	—	15	—
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie	—	65	—
Schuler, Dr., Die Ernährungsweise der arbeitenden Klassen in der Schweiz	—	65	—
Seidel, Rob., Staatlicher Getreidehandel oder wie kommt das Volk zu billigem Brod?	—	35	—
— Der Arbeitsunterricht, eine pädagogische und soziale Nothwendigkeit	2	70	2
— Friedrich der Grosse, der Heros der deutschen Volksbildung, und die Schule	2	—	1
Stiebeling, Dr., Darwinismus und Sozialismus	1	25	1
— Lesebuch für das Volk	1	25	1
Stamm, A. Th., Blicke auf das Volkselend	—	10	—
— Die Erlösung der darbenenden Menschheit. 3. verm. Auflage	4	—	3
Schönlank, Dr. B., Münchner Polizeizustände	—	20	—
Stackelberg, Fr., Die Frau und die Revolution	1	—	15
Schweizer Arbeiter, wie stellst Du Dich?	—	25	—
Serno-Solowiewitsch, U. russ. Angolegenheit	—	30	—
Sozialdemokratisches Lesebuch	—	30	—
Inhalt: Jakoby, Ziele der Arbeiterbewegung, Parteiprogramm; Die zehn Gebote im Reich der Götterwelt, Das Lied von Brod; Demokratie u. Sozialismus im alten Griechenland; politisch und unpolitisch Beherrschtes, Erzählungen, Gedichte, Biographien etc. etc.	—	—	—
Sozialdemokratische Bibliothek. Erscheint in zwanzigen Heften à 15—65 Cts. — 15—50 Pf.	—	—	—
— Bisher erschienen:	—	—	—
1) Gesellschaftliches und Privateigentum. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms	—	25	—
2) Karl Marx v. d. Kölner Geschwornen. Prozess gegen den Ausschuss der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand	—	25	—
3) Dietzgen, J., Die Zukunft der Sozialdemokratie	—	15	—
4) Marx, K., Der Kölner Kommunistenprozess. 3. Aufl. mit Einleitung von Fr. Engels	—	60	—
5) Babel, A., Unsere Ziele	—	35	—
6) Wolff, W., Die schlesische Milliarde. Mit einer Einleitung u. d. Biographie Wolffs von Fr. Engels	—	65	—
Spitzelbroschüre. Die deutsche Geheimpolizei im Kampfe mit der Sozialdemokratie. Enthüllungen und Aktenstücke	—	35	—
Staatswirtschaftliche [Abhandlungen]. 2. Serie	5	—	4
— Einzelhefte, soweit vorrätig a.	—	30	—
Stiebers Verdruss, Geheimschrift zur Sicherung des Briefverkehrs in und mit Deutschland	—	15	—
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie	—	40	—
Thiesen, Ein Räthsel, oder: Warum war ich in Verbannung 1874—76?	—	40	—
Vollmar, G., Der isolirte Staat, eine soz.-ökon. Studie — Waldverwüstung und Ueberschwemmung	—	25	—
— Der gegenwärtige Stand der Waldschutzfrage	—	30	—
Wahlen zum deutschen Reichstage. Vergleichende statistische Uebersicht von 1881—84	—	25	—
— do. von 187—82	—	25	—
Wander, Drei Jahre aus meinem Leben. (Eine Heidenath Stiebers)	1	50	1
Werner, F., Der Kladderadatsch, politische Humoreske	—	10	—
Westerburg, praktisches und geplantes Strafrecht in Deutschland	—	25	—

*) Zuk beziehen durch die Schweizerische Volksbuchhandlung und die Expedition des „Sozialdemokrat“, Casinostrasse 3 in Hottingen-Zürich.